

Stellungnahme zur Erklärung der Fraktionsvorsitzenden Schulausschuss am 13.11.25

Die vorgelegte Erklärung vermittelt erneut den Eindruck eines politischen Abwartens, das sich unsere Samtgemeinde, die Fintauschule und insbesondere die Schülerinnen und Schüler längst nicht mehr leisten können. Seit Jahren liegt ein klar definierter Handlungsbedarf vor, und dennoch wird wiederholt vertagt, verzögert und vertröstet – obwohl das politische Mandat zu entschiedenem Handeln verpflichtet.

Umso gravierender wirkt dies vor dem Hintergrund, dass die Schule – gemeinsam mit der Verwaltung – bereits im 1. Halbjahr 2025 alles Erforderliche geliefert hat: detaillierte Bedarfsanalysen, Priorisierungen, realistische Einsparvorschläge, funktionale Umstrukturierungen im Bestand und mehrfach durchdachte Varianten zur Kostenoptimierung. All dies wurde unter erheblichem Zeitdruck, mit hohem Verantwortungsbewusstsein und trotz diffuser und unkonkreter Erwartungen aus der Politik erarbeitet.

Diese Vorschläge wurden 1:1 vom Planer übernommen, versehen mit der fachlich eindeutigen Rückmeldung: „Besser geht es nicht.“

Selbst die Idee, ohne Zwischencontainer auszukommen – und dafür die erheblichen Engpässe der Jahre 2026 und 2027 bewusst in Kauf zu nehmen, um den Haushalt des Schulträgers zu entlasten – stammt aus der Schule.

Das Kollegium war darüber hinaus bereit, sogar auf rechtlich zulässige, aber nicht zwingend vorgeschriebene Standards wie zusätzliche Pausenräume zu verzichten, um das Gesamtprojekt realisierbar zu halten.

Kurz gesagt: Schule und Verwaltung haben mit enormer Energie alles geliefert, was lieferbar war – und das trotz politischer Unklarheit und fehlender präziser Vorgaben.

Deshalb stellt sich zwangsläufig die Frage:

Was genau soll die Schule denn noch liefern?

Inzwischen fühlen sich Kollegium und viele Schülerinnen und Schüler – angesichts der fortgesetzten politischen Verzögerung – offenkundig vor den Kopf gestoßen.

Vor diesem Hintergrund ist es umso irritierender, dass die politischen Verantwortlichen es versäumt haben, parallel zu dieser intensiven Vorarbeit klare Aufträge zur Entwicklung belastbarer Finanzierungsmodelle oder alternativer Bauvarianten zu erteilen. Eine pflichtgemäße, vorausschauende Steuerung hätte dies zwingend erfordert. Stattdessen beginnt man nun – zu einem Zeitpunkt, der längst Entscheidungsreife hätte verlangen müssen – erst damit, sich rudimentär in die Materie einzuarbeiten.

Dieses Vorgehen offenbart nicht nur eine konzeptionelle Unterausstattung, sondern bewegt sich gefährlich nah an der Grenze zu organisatorischer Fahrlässigkeit. Es gefährdet die chancengerechte Bildungsentwicklung zukünftiger Jahrgänge und steht im Widerspruch zum

kommunalen Pflichtauftrag, eine angemessene Schulversorgung sicherzustellen.

Die Bedarfe liegen klar vor. Die Notwendigkeit ist unstrittig. Die Dringlichkeit ist evident. Verwaltung, Kollegium und Elternschaft erwarten Entscheidungen – keine weiteren Verzögerungen, keine erneuten „Betrachtungen aus anderen Blickwinkeln“. Ein Mandat zu besitzen bedeutet, Entscheidungen zu treffen, nicht sie unbegrenzt hinauszuschieben.

Gerade weil so viel fachliche Vorarbeit geleistet wurde, liegt nun die Chance vor uns, das Projekt Fintauschule endlich entschlossen und gemeinsam voranzubringen. Die Grundlagen sind geschaffen, die Lösungen liegen auf dem Tisch – und alle Beteiligten haben mehrfach bewiesen, dass sie bereit sind, Verantwortung zu tragen, Kompromisse einzugehen und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Jetzt ist es an der Politik, diesen Einsatz aufzugreifen und durch entschlossenes Handeln den Weg für eine moderne, zukunftssichere Fintauschule freizumachen.

Die zukünftigen Schülerinnen und Schüler, das Kollegium und die gesamte Samtgemeinde haben ein Anrecht darauf, dass diese Chance genutzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

F. Lehmann